



Die Kernprobleme der HA

Das „Minderheitenproblem“

Die HA wurde um 1770 gegründet. Von den drei Neuansiedlungen auf der Neustädter Hutweide haben sich Theresienfeld und Felixdorf gut entwickelt und wurden selbständige Gemeinden. Nur die HA blieb eine „Ansiedlung“ der Stadt, da kein Bürgermeister hinter ihr stand. Schon 1850 machte die BH den Vorschlag, die HA an Steinabrückl anzuschließen, da sie allein nicht lebensfähig war. Doch als WN kurze Zeit später ihr eigenes Statut bekam, war Grenzgebiet und Nachbargemeinde vergessen. Aber auch Steinabrückl lehnte immer wieder die Integration ab, da man fürchtete, man müsse das nachzahlen, was Neustadt nicht investieren wollte.

In den 1970er Jahren waren Gemeindefusionen ein Hype. Das Fusionsfieber lebte von falschen Hoffnungen und Annahmen, die Triebkraft war vorwiegend das Eigeninteresse der beteiligten Handlungsträger. Aber es gab auch sinnvolle Fusionen. Eine davon wäre die Anschließung der HA an Steinabrückl gewesen – für die damals die Mehrheit der Anwohner zu gewinnen wäre, da sämtliche kulturelle und gesellschaftliche Ereignisse gemeinsam abliefen. Auch Wasser und Kanal kam aus Steinabrückl und der KIGA und die Volksschule waren für die Heideansiedler zu Fuß erreichbar – Grund genug also für Bgm. Friedrich (Steinabrückl) den Vorschlag zu machen, WN möge die HA an Steinabrückl abtreten. Der Deal kam nicht zustande und Steinabrückl wurde mit Wöllersdorf zusammengelegt.

1973 machte Bgm. Barwitzius (WN) der nunmehrigen Großgemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl (WÖST) ein Fusionsangebot, das auch nicht angenommen wurde. Sein Hauptargument „Größenvorteile“ wurde von den WÖST Bürgern einfach mit „wir wollen keinen anonymen Magistrat“ abgelehnt. Sie waren sich damals schon sicher, dass man sich nur als gleichwertiger Partner behaupten kann.

Die Heideansiedlung ist mit rund **einem Prozent** an Wählerstimmen
KEIN gleichwertiger Partner in Wr. Neustadt.

→ Das ist **KEINE** Aufforderung zur Fusion, sondern eine Aufforderung an die Landesregierung NÖ für eine gemeindeübergreifende Lösung zu sorgen.

Obwohl die HA gezielt von der Stadtpolitik ausgelagert wurde, wird sie beim Bezahlen nie vergessen.

- ▶ Jeder Haushalt in der HA zahlt im Durchschnitt für das gleiche Wasser/ Abwasser um EUR 200,- pro Jahr mehr als die Steinabrückler – nur weil sie ein STADT-BEZIRK ist.
- ▶ Für die Fahrt mit Bus oder Taxi ins Gemeindezentrum bezahlen die Anwohner 15% bis 40% mehr als die Neustädter, weil hier die LAND-BEZIRKS Tarife angewendet werden. Dass der Regionalbus an Sonn- und Feiertagen eingestellt ist und damit die eigene Stadt öffentlich nicht erreichbar ist, kommt erschwerend hinzu.

Das ist nicht in Ordnung, da **Gleiches ungleich behandelt** wird.

Seit Jahrzehnten wird der Artikel 7 des B-VG mißachtet und wahrscheinlich auch Gemeinderecht verletzt.

Das „Siedlungsproblem“

Ohne Platz zum Wachsen keine Prosperität und kein Wohlstand. Durch den Bau der Mülldeponie auf dem Grund der HA wurde einfach das Gemeindestraßennetz unterbrochen. Statt sie an den Einnahmen stärker partizipieren zu lassen (wie z.B. Krupp in Berndorf) hat man die HA zu einer Exklave*) gemacht und mit den engen Gemeinde- und Siedlungsgrenzen (Raumordnung) zum Stillstand verurteilt. Einzig Traude Dierdorf ist diese Willkür aktiv angegangen und hat kurzerhand Stiftungsgründe für Wohnungen umwandeln lassen, damit junge Heideansiedler nicht fortziehen müssen. Leider war die Gier auf Zuzug (Steuereinnahmen) größer als die kommunale Verantwortung und man hat keinen Platz für die soziale Infrastruktur (Dorfplatz, KIGA, Mehrzweckhaus, etc.) freigehalten.

Hier muss eine **Korrektur der Siedlungsgrenze** erfolgen.

Oder man geht eine **wirtschaftlich orientierte Form** der Gemeindezusammenarbeit mit Wöllersdorf-Steinabrückl ein. Der Vorschlag einer „Zweckgemeinde“ kommt aus der Schweiz, hat aber in der großen Politik wenige Freunde. Auch in Österreich beschreibt man interkommunale Zusammenarbeitsformen und wir sind überzeugt, dass Fusionen heute NICHT mehr der Weisheit letzter Schluss sind.

Nicht im Sinn der HA wäre eine reine Zusammenarbeit in Zweckverbänden (wie z.B. bei Wasser und Kanal). Da putzt sich Neustadt nur an WÖST ab und übernimmt weiterhin keine Verantwortung für SEINE Steuerzahler.

*) Eine Exklave ist ein Teil – auch Teile – eines politischen Gebietes, das vom Rest des Gebietes durch Grenzen räumlich abgetrennt ist und ausschließlich über fremdes Gebiet zu erreichen ist.

Notwendige Rahmenbedingungen

Eine „GERECHTE“ Stadtregierung

Unsere Gesellschaft differenziert sich sozial immer stärker. Das betrifft nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Wohnquartiere. Vor diesem Hintergrund geht es darum, auch die Zukunft von benachteiligten Quartieren zu fördern, statt nur Prestigeprojekte in der Stadt. Im Projekt HA-Relaunch hat die Stadt den Zuwachs an „kommunaler Intelligenz“ durch Bürgerbeteiligung schon erlebt. Trotzdem müssen erst die Befürchtungen vor Bürgerbeteiligung bei allen Politikern und Verwaltungsmitarbeitern abgebaut werden bzw. der Bürgerinitiative die entsprechende Anerkennung gezollt werden. Das wären die vortrefflichen Aufgaben der Stadtregierung.

Ohne **VERBRIEFTE** SONDERSTATUS ist es vollkommen egal, ob sie von Ortsvorstehern oder Ortsbeiräten vertreten wird.

Eine kreative Raumordnung/Regionalpolitik des Landes NÖ

Die Problematik in der Zusammenarbeit zwischen Magistrat und BH ist bekannt. Als k.k. Bezirkshauptmannschaft hat WN vorgeschlagen die HA der Gemeinde Steinabrückl anzuschließen (Zl.1447/B vom 9.5.1850). Seit 1866, als WN sein eigenes Statut bekam, wurde alles kompliziert und der Blickwinkel schränkte sich ein. In Anbetracht der Reformbereitschaft wäre jetzt die HA ein guter Anlass für die Landespolitik **neue Wege der interkommunalen Zusammenarbeit zu erproben.**

Ein „*Wr. Neustadt-Heideansiedlung / Wöllersdorf-Steinabrückl*“ wäre einfach zu pilotieren und auch als „Land-Stadt-Projekt“ ausbaufähig (Theresienfeld?).

Gleichzeitig würde **ein starker Anreiz für „neu denkende“ Kommunalpolitiker** entstehen. Sie könnten ihre Sachkompetenz erweitern, sie einsetzen, wo andere überlastet sind - und sich auf zukünftige Aufgaben vorbereiten.